

Für eine lebendige Demokratie

Luxemburg hat soeben einen Höhepunkt seines in der Demokratie verankerten politischen Lebens erlebt: Es hat ein nationales Parlament und seine Vertreter im Europaparlament gewählt, die Bildung einer neuen Regierung steht bevor.

Demokratie bedeutet allerdings mehr als die nur alle fünf Jahre stattfindenden Parlamentswahlen. Um das politische Leben in Luxemburg zu vertiefen, um die öffentliche Debatte zu erweitern angesichts der großen Herausforderungen, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen, haben die nachstehenden Nichtregierungsorganisationen, die in den unterschiedlichsten Bereichen der zivilen Gesellschaft engagiert sind, beschlossen ihre Anstrengungen und ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine größere Demokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses zu verstärken: Dies ist die Grundvoraussetzung einer besseren Berücksichtigung ihrer sektorenbezogenen Forderungen. Sie richten daher einen doppelten Aufruf :

- an andere NGOs, in denen Bürger sich zusammengeschlossen haben, damit diese sich ihnen anschließen, um so die vorliegende Plattform zu einem regelrechten Forum der NGO zu erweitern und die Diskussion zu intensivieren. Besonders willkommen sind NGOs, die Bürgern jeglichen Ursprungs offenstehen und die bereit sind, die Zielsetzungen dieser Vereinigungen zu teilen;

- an die politisch Verantwortlichen, damit sie berechnete Forderungen im Hinblick auf eine Vertiefung des demokratischen Lebens in Luxemburg in ihrem Regierungsprogramm und während der künftigen Legislaturperiode berücksichtigen.

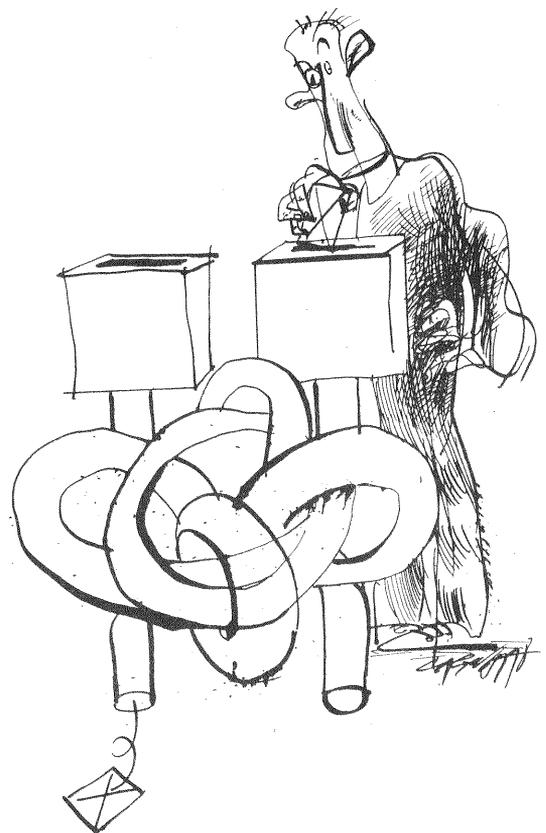
Zunächst möchten die unterzeichnenden NGOs den in die Verhandlungen zur Regierungsbildung engagierten Parteien folgende Denkanstöße unterbreiten :

1. Die Menschenrechte fördern

Die Menschenrechte sind universell und unteilbar. Ihre Anerkennung und ihre

Beachtung sind die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft. Ihre Förderung muß ein vorrangiges Ziel jeder Regierung sein. In Luxemburg bedeutet dies unter anderem

- auf allen Unterrichtsstufen eine verbesserte Eingliederung der Menschenrechte in die Ausbildung, dies bedingt ein kohärentes und pluridisziplinäres Vorgehen;
- die Garantie der Achtung der Menschenrechte für jeden Bürger; Voraussetzung dazu ist, daß jenen Menschen Vorrang eingeräumt wird, deren Rechte am meisten verletzt werden und daß die Verantwortlichkeiten für die Anwendung dieser Rechte bestimmt werden;
- eine Erweiterung der durch die Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten: Recht auf Gleichheit von



Dessin: Cagnat, dans: Le Monde

Mann und Frau, Recht auf eine gesunde Umwelt, Recht auf eine dauerhafte Entwicklung, die die Rechte künftiger Generationen achtet, Recht auf den Schutz des nationalen und weltweiten kulturellen und historischen Erbes.

Auf internationaler Ebene muß Luxemburg zur Achtung und Förderung der Menschenrechte beitragen, z.B.

- indem das Land sich für die Achtung der Würde und der Rechte aller Personen engagiert, die sich auf dem Gebiet der Europäischen Union befinden, insbesondere der Asylanten;

- indem es wirksame und demokratische Strukturen begünstigt, die jene Priorität widerspiegeln, welche die Union dem Schutz der Grundgesetze einräumt, durch eine globale Politik, die für sämtliche Lebensaspekte aufgebaut, abgestimmt und bewertet ist (Wohnen, Gesundheit, Erziehung, Einkünfte, Arbeit, Kultur- und Vereinsleben).

2. Hinwirken auf eine interkulturelle Gesellschaft

Die Demokratie steht vor der Herausforderung einer multikulturellen und multinationalen Gesellschaft, und gleichzeitig vor der Gefahr eines Wiederauflebens von Nationalismen. Luxemburg muß den Beitrag einer Bevölkerung verschiedener nationaler und kultureller Ursprünge als Bereicherung für jedes seiner Mitglieder ansehen. Es gilt Strukturen einzurichten, die jedem einen Zugang zur Kultur und zur Teilnahme am politischen Leben sichern können:

- Die Mitbestimmung und das Wahlrecht auf jeder Ebene müssen sich aus dem Wohnsitz ergeben;

- Um ein besseres Mitwirken zu ermöglichen, müssen ausländische Neuankömmlinge auf geeignete Sprachkurse und eine Einführung in das sozio-kulturelle Leben zurückgreifen können, wie dies in den Niederlanden der Fall ist;

- Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft muß auf sachliche Art und Weise diskutiert werden können, denn diese doppelte Staatsbürgerschaft kann als Integrations- und Mitbestimmungsfaktor verstanden werden.

3. Der Auflösung des sozialen Gefüges entgegenwirken

Die Demokratie steht vor der Herausforderung einer Auflösung des sozialen Gefüges und eines Wiederauflebens korporatistischer Egoismen. Demokratie entsteht, indem alle Bürger in das demokratische Leben eingebunden werden und indem insbesondere den benachteiligten und ausgeschlossenen Personen sowie den Minderheiten eine Partnerschaft garantiert wird. Deren aktive Teilnahme an der Ausarbeitung, der Verwirklichung und der Bewertung der Politik ist eine wesentliche Voraussetzung, damit ihre Erfahrung, ihre Bestrebungen und ihre Meinung stets berücksichtigt werden und die Demokratie weiterbringen.

Es muß investiert werden:

- in das Wissen um die Lage der benachteiligten Personen

- in die Ausbildung von Fachleuten im Hinblick auf den Einsatz der geeignetsten Methoden der Partnerschaft,

- in die Entwicklung von Möglichkeiten des gleichberechtigten Dialogs.

Luxemburg ist dazu verpflichtet, das Gefühl der Solidarität und der Achtung der Minderheiten über den Weg der Schule für alle zu entwickeln. Der soziale Zusammenhalt muß gestärkt werden durch eine Anpassung der Schule an eine Bevölkerung jeder sozialen und nationalen Abstammung.

4. Die Mitbestimmungsstrukturen und die politische Kompetenz des Bürgers stärken

Die Demokratie lebt vom Mitwirken der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen. Im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel und des Multi-mediasystems kann diese Teilnahme sich nicht mehr auf den alle fünf Jahre - oder im kommunalen Bereich nur alle sechs Jahre - vorgeschriebenen Urnen-gang beschränken.

Angesichts der wachsenden Komplexität der sich stellenden Herausforderungen braucht eine lebendige Demo-

kratie einerseits BürgerInnen, die Interesse an politischen Entscheidungen zeigen, von denen die gesamte Gesellschaft betroffen ist, und andererseits BürgerInnen, die in Entscheidungsprozesse integriert sind. Diese Ziele können u.a. erreicht werden:

- durch eine absolut unabhängige staatsbürgerliche und politische Schulung für alle, für Jugendliche und für Erwachsene, z.B. über den Weg einer Volkshochschule, die Schaffung eines politischen Schulungszentrums, das verantwortlich wäre für die Verbreitung von objektiven und vollständigen Informationen, die Unterstützung von parteiunabhängigen Medien, die Einsetzung eines Ombudsmanns/ einer Ombudsfrau der/die mit der Vermittlung zwischen Verwaltungen und Bürgern beauftragt wird,

- auf nationaler Ebene durch systematische öffentliche Rundtischgespräche über Themen von nationaler Bedeutung, die auf Initiative der Regierung oder der Abgeordnetenkammer veranstaltet werden,

- auf kommunaler und regionaler Ebene durch die Bildung von Arbeitsgruppen und beratenden Kommissionen mit klaren und eindeutigen Verantwortungen, in denen die Vertreter der zivilen Gesellschaft mitwirken können,

- durch das häufigere Zurückgreifen auf ein Referendum, sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene, wenn es um Fragen von größter Bedeutung geht,

- durch eine Verstärkung der Arbeit der beratenden Gremien: diese müssen u.a. in bestimmten Angelegenheiten von Amts wegen mit den Problemen befaßt werden. Ihre Gutachten müssen veröffentlicht werden.

In diesem Zusammenhang fällt der Schule - als Verwirklichungsort der Demokratie - eine wesentliche Rolle zu. Eine aktive Förderung der Mitwirkung der Jugendlichen auf schulischer Ebene erlaubt ihnen, die Verantwortlichkeiten und Mittel einer zivilen Gesellschaft in ihrem Lebensumfeld kennenzulernen ("Staatsbürgerschaft in der Schule"). Es muß besonders darauf geachtet werden, daß kein Schüler mehr die Schule verläßt ohne eine politische und

staatsbürgerliche Grundausbildung erhalten zu haben (inklusive einer Schulung über die Dritte-Welt-Thematik). Sofern dies möglich ist, sollte dies in einem Alter erfolgen, wo der Jugendliche die Funktionsweisen des politischen Lebens verstehen kann und in der Lage ist, sich jener Verantwortung bewußt zu werden, die er als einfacher Bürger trägt.

5. Die Institutionen demokratisieren

Die Demokratie zeigt sich auch in jenen Organen, die den Willen der Gesellschaft widerspiegeln. Man muß allerdings feststellen, daß einige Institutionen ihren Einfluß in Luxemburg ohne demokratische Legitimierung ausüben und eher sogar einen korporatistischen Geist widerspiegeln. Eine Demokratisierung des politischen Lebens bedingt die Reform gewisser Schlüsselinstitutionen.

- Eine Reform des Staatsrats mit dem Ziel einer Demokratisierung dieses Gremiums und einer Vertretung aller gesellschaftlichen Tendenzen innerhalb dieses Organs;
- Die politischen Mandatsträger müssen dazu aufgefordert werden, ihre wirtschaftlichen Interessen öffentlich darzulegen;
- Die Themen der "Tripartite" müssen Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte sein, vor jeder Debatte auf Tripartite-Ebene.

6. Den Zugang zur Information verbessern

Die Demokratie kann nur dann funktionieren, wenn die BürgerInnen ihre Meinung ausdrücken und Entscheidungen in Kenntnis der Sachlage fällen können. Derzeit verfügt Luxemburg nur über eine ziemlich bescheidene Gesetzgebung betr. das Recht auf Information, es handelt sich dabei um das Verwaltungsverfahren resp. das Recht auf Information im Umweltbereich. Diese Gesetzgebungen werden den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht gerecht.

Die Lücken in puncto Information der Öffentlichkeit und Recht auf Informa-

tion, die sich in der luxemburgischen Gesetzgebung finden, müssen schnellstens geschlossen werden. Das Recht auf Zugang zur Information und die Informationspflicht der öffentlichen Instanzen müssen systematisch und über den Umweltbereich hinaus erweitert werden.

Eine neue Gesetzgebung kann sich am amerikanischen "Freedom Of Information Act" und am entsprechenden niederländischen Gesetz inspirieren. Sie sollte vor allem folgende Punkte beinhalten:

- Information der Öffentlichkeit in bezug auf neue Gesetzgebungen / Studien / Elemente, die charakteristisch für die Entwicklung unserer Gesellschaft sind; insbesondere muß eine Gesetzgebung, die einen Impakt auf das gesellschaftliche und politische Leben hat, auf eine Art bekanntgemacht werden, die für alle Bürger geeignet und verständlich ist;
- Schaffung eines "guichet pour le citoyen", der dem Bürger alle europäischen, nationalen und kommunalen Dokumente zur Verfügung stellt;
- Regelung der Pflichten der öffentlichen Instanzen gegenüber den von den Bürgern eingereichten Anfragen;
- Sicherstellen, daß die Informationen der öffentlichen Instanzen in mehreren Sprachen erfolgen, um die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung zu berücksichtigen.

7. Unterstützung der Arbeit der NGO und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten

Die Demokratie wird belebt durch das Wirken der sogenannten "forces vives" der Gesellschaft, den alle Arten von unabhängigen NGO in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen bilden. Oftmals gehen die originellsten und innovativsten Ideen von solchen NGO aus, werden dort die grundlegendsten Diskussionen für die gesellschaftliche Entwicklung geführt. In einer letzthin durchgeführten Umfrage gaben 38% der WählerInnen an, die NGO vor allem als Motor der Entwicklung unserer Gesellschaft anzusehen.

Das Gesetz muß unbedingt den richtigen Wert der ehrenamtlichen Tätigkeit anerkennen. Die Mitarbeit in einer Vereinigung oder die politische Weiterbildung sollten Anrecht auf Sonderurlaub geben.

Die finanzielle Unterstützung der NGO muß unter Beachtung strenger und transparenter Kriterien erhöht werden.

8. Den kulturellen Ausdruck und die Forschung im Bereich Human- und Sozialwissenschaften fördern

Die Demokratie braucht glückliche Bürger, die in der Lage sind all ihre menschlichen Fähigkeiten auszudrücken und mit ihren Mitbürgern aus anderen sozialen oder nationalen Kulturen zu kommunizieren. Die Kultur ist ein Wert an sich und nicht bloß ein kommerzielles oder touristisches Argument. Die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben muß als menschliches Grundbedürfnis anerkannt werden. Sie schafft den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein Faktor der gesellschaftlichen Integration. Die Kultur ist der Ausdruck des Gelebten, der Gefühle, denn sie ist ein kreativer Akt, sie erlaubt die Kommunikation mit den anderen, den Dialog mit den Menschen - die Kultur ist die Bestätigung der Würde des Menschen.

Daher muß die Gesellschaft all ihren BürgerInnen das Recht auf Kultur garantieren, indem sie die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, um jedem Menschen den Zugang zur Kultur zu sichern, insbesondere

- indem sie Kernzellen für kulturelle Animation einrichtet, die jene Personen ansprechen soll, die weniger persönliche Mittel zur Verfügung haben,
- indem sie Strukturen schafft, die allen das Recht garantiert, sich kreativ und nützlich zu betätigen, solange sie nicht auf dem Arbeitsmarkt tätig sind,
- indem sie die soziale Integration durch eine Teilnahme am Vereinsleben oder eine Ausbildung im kulturellen Bereich begünstigt.

Durch eine bessere Kenntnis all ihrer kulturellen Reichtümer, seien sie aus

der Vergangenheit oder der Gegenwart, wird die Gesellschaft ihre kollektive Eigenliebe und ihre Verteidigungsmittel gegen alle Anwandlungen von gesellschaftlichem oder nationalem Chauvinismus stärken.

Um das Funktionieren dieser Gesellschaft besser zu verstehen und verständlicher zu machen, um die gegenwärtigen Herausforderungen und Probleme besser zu meistern (auch auf der Ebene des gesellschaftlichen Lebens; die sogenannten "Minderheitenprobleme" wie die Drogenproblematik z.B.), um die geeigneten Grundlösungen wiederzufinden, um den Bedürfnissen der Jugendlichen besser zu begegnen ..., um an internationalen Forschungsprojekten teilnehmen zu können, muß man unbedingt in Programme der Grundlagenforschung im Bereich der Human- und Sozialwissenschaften investieren, und nicht nur in Wirtschafts- und Industrewissenschaften.

9. Die Demokratie ist nicht in einem rein nationalen oder regionalen Rahmen zu verstehen

Die Demokratie kann nur dann entstehen und gewahrt werden, wenn sie sich weder auf den rein luxemburgischen noch auf den Rahmen der Europäischen Union beschränkt. Eine vorrangige und nicht etwa eine nebensächliche Sorge jeder Gesellschaft, die demokratisch sein will, muß daher die Unterstützung der Gesamtheit der in den vorausgegangenen Kapiteln dieses Dokuments in den Vordergrund gerückten Werte sein, auch zugunsten der Bevölkerungen anderer Länder.

Dies erfordert zumindest das Ächten eines Verhaltens und einer Politik, die unvereinbar sind mit der Förderung der Demokratie – im weiteren Sinne des vorliegenden Dokuments – in anderen Ländern und zugunsten anderer Bevölkerungen. Darüber hinaus gebietet sich eine aktive Förderung der demokratischen Werte durch wirtschaftliche und politische Unterstützung jener Staaten, die um eine Förderung der Demokratie bemüht sind, und jener Mitglieder der zivilen Gesellschaft, insbesondere der

NGO, die im Ausland zugunsten der Demokratie arbeiten.

10. Den menschlichen Faktor fördern

Demokratie wird mit Männern und Frauen gemacht. Es ist daher dringend notwendig, die Investitionen in den Faktor Mensch zu fördern: Unterrichtswesen inklusive des Hochschulbereichs, Jugend, Gesundheit, benachteiligte Bürger, Kultur, Umweltschutz ... Nur eine lebendige und aktive Gesell-

schaft wird fähig sein, Herausforderungen wie z.B. einer Gesellschaft ohne Arbeit, der multikulturellen Gesellschaft, der Internet-Gesellschaft die Stirn zu bieten.

Juni 1999

Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI), Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), ATD Quart Monde, *forum*, Mouvement Ecologique

■ Mir maache Kultur *live!*



honnert, 7
100.7
de soziokulturelle radio

Gratis-Programmheft um Tel.: 44 00 44 1 • Fax: 44 66 60 • <http://www.100komma7.lu>

Salt & Pepper